



Foto: Hans-Joachim Winckler

Bei der Kulturbrücke, die sich wie hier bei einem Deutschkurs 2018 seit Jahren um die Eingliederung von Migranten bemüht, ist man in Sorge.

## Awo-Kulturbrücke schlägt Alarm

**INTEGRATION** Die Hilfseinrichtung sieht die Migrationsberatung für Erwachsene bedroht, der Bund will die Mittel kürzen.

2VON ARMIN LEBERZAMMER

FÜRTH - Die Nachfrage steigt, personell müsse man eigentlich aufrüsten, doch stattdessen drohen nun massive Kürzungen: Die Awo-Kulturbrücke schlägt Alarm, weil sie die Migrationsberatung für erwachsene Zugewanderte (MBE) ernsthaft in Gefahr sieht. „Wir sind eigentlich am Limit“, berichtet Hanne Rügheimer, die Leiterin der Beratung in Fürth.

Derzeit betreuen acht Frauen und Männer Zugewanderte in rechtlichen Fragen, aber auch in Bezug auf Sprach- und Integrationskurse oder Alltagsprobleme. Ihre Zielgruppe sind Menschen mit Bleiberecht, also beispielsweise EU-Bürger oder anerkannte Asylbewerber.

Nun allerdings plant die Bundesregierung, die Mittel dafür im nächsten Haushalt deutlich zurückzufahren. Von 81 auf 52 Millionen Euro, wie Rügheimer erklärt. Die Awo-Kultur-

brücke wurde daraus zuletzt mit rund 300.000 Euro gefördert, was laut deren Leiter Udo Weißfloch jedoch nicht für die Deckung der Kosten reichte: „Etwa 50.000 Euro schießt unser Kreisverband zu, um das Angebot aufrecht zu erhalten.“

Eine Unterstützung, die beileibe nicht jeder Träger leisten könne. Aber auch die Awo könne ihren Beitrag nicht mehr substanziell steigern. „Irgendwann ist der Punkt erreicht, an dem man Stellen abbauen muss“, befürchtet Weißfloch.

Aktuell sind es 5,22 Vollzeitstellen bei der Kulturbrücke, zuletzt wurde Mitte 2022 um eine halbe Stelle erhöht. Bereits damals stand eine massive Kürzung seitens der Bundesregierung im Raum, sie konnte aber nach Protesten von Trägern und Sozialverbänden noch einmal abgewendet werden. Darauf hoffen Rügheimer, Weißfloch und ihr Team nun wieder. Die MBE müsse endlich „aus-

kömmlich und langfristig finanziert werden“, lautet ihre Forderung.

Um diese persönlich darzulegen, hatten sie nun Vertreter der Ampelkoalition eingeladen. Zu Weißflochs Bedauern war dem nur der SPD-Bundestagsabgeordnete Carsten Träger gefolgt. Er betonte zwar „ein Freund der MBE“ zu sein, wies zugleich aber auf das Ziel der Bundesregierung hin, „den Haushalt wieder auf ein Niveau wie vor Corona und Ukrainekrieg zurückzufahren“. Den Appell der Kulturbrücke nehme er gerne mit, noch sei der nächste Etat ja noch nicht vom Bundestag beschlossen worden.

### „Weiterer Zuzug“

Sozialreferent Benedikt Döhla (SPD) würde die MBE ebenfalls gerne in dem aktuellen Umfang fortgeführt sehen. „Wir erwarten ja einen weiteren Zuzug nach Fürth. Solche Angebote lindern die Belastung städtischer Dienste spürbar“, erklärt er. Hier wer-

de „viel im Vorfeld geklärt und informiert, sodass später bei den Behörden weniger Verwaltungsaufgaben entstehen.“ Für Hanne Rügheimer noch wichtiger: Die Beratung stärke und ermutige auch und gerade Frauen. „Und sie wirkt: Am Ende der Beratung sind 45 Prozent weniger Menschen auf staatliche Transferleistungen angewiesen als ohne MBE.“

Seit 2005 bietet der Bund die Migrationsberatung für erwachsene Zuwanderer an, umgesetzt wird sie von Trägern wie Awo, Caritas, Diakonie und anderen. Sie ergänzt Integrationskurse und gilt als wesentlicher Baustein bei der Eingliederung von Neuzugewanderten. In Fürth – die Kulturbrücke zieht laut Weißfloch auch Hilfesuchende aus dem Landkreis an – wurden im vorigen Jahr 823 Frauen und Männer betreut, am häufigsten Bulgaren, Griechen und Syrer. Heuer sind Ukrainer die zahlenmäßig stärkste Gruppe.

## Erhard-Preis wird im Theater verliehen

FÜRTH - Die Verleihung des Fürther Ludwig-Erhard-Preis geht diesen Montag von 17 bis 18.30 Uhr im Rahmen einer Festveranstaltung im Fürther Stadttheater über die Bühne. Auch die Öffentlichkeit sei „herzlich willkommen“, heißt es in der Ankündigung des ausrichtenden Ludwig-Erhard-Initiativkreises. Um Anmeldung unter kontakt@ludwig-erhard-initiative.de wird gebeten.

Festredner ist Prof. Dr. Otmar Issing, Präsident des Centers for Financial Studies in Frankfurt und ehemaliges Mitglied des Direktoriums der Europäischen Zentralbank (EZB) sowie des Direktoriums der Deutschen Bundesbank. Er spricht über „75 Jahre Wirtschafts- und Währungsreform“.

Der Preis wird jährlich ausgelobt, „um Forschungstätigkeiten zu fördern, in denen verstärkt die Faktoren Innovation, Praxisnähe, Realisierbarkeit, wirtschaftlicher Nutzen und Auswirkungen auf unserer Gesellschaft berücksichtigt sind“, so der Initiativkreis. In Betracht kommen frisch promovierte Wissenschaftler, deren Abschluss nicht länger als zwei Jahre zurückliegt.

Die Auszeichnung würdige praxisrelevante Arbeiten, die einen gesamtwirtschaftlichen oder gesellschaftlichen Bezug erkennen lassen. Dabei gehe es besonders um die Weiterführung der Grundgedanken der Sozialen Marktwirtschaft im Sinne von Ludwig Erhard – will heißen: „um Wirtschaftsleistungen, die dem Verbraucher nutzen, mit denen sich Mitarbeiter identifizieren, die die Umwelt schonen und um gesellschaftliche Leistungen, die den sozialen Frieden fördern“, wie es heißt.

Die Jury, unter anderem besetzt mit den Ökonomen Prof. Lars Feld und Prof. Bruno Frey, hat drei Kandidaten für den mit 5000 Euro dotierten Preis nominiert: Dr. Benjamin Arold mit dem Thema „Lehrpläne, Bildungswege und Erfolg am Arbeitsmarkt“, Dr. Alexander Daminger mit dem Thema „Über die Auswirkungen von Wohneigentumsförderung auf die räumliche Verteilung von Bevölkerung, Wohnraum und Wohnungspreisen in deutschen Städten und Regionen“ sowie Dr. Martin Friedrich mit dem Thema „Der Niedriglohnsektor in Deutschland – Ursachen, Auswirkungen und Politik.“ **vnp**